

Sekretariat der Staatspolitischen Kommissionen
Parlamentsdienste
3003 Bern

elektronisch an: spk.cip@parl.admin.ch

27. April 2018

Cornelia Abouri, Direktwahl +41 62 825 25 15, cornelia.abouri@strom.ch

Stellungnahme zum Entwurf im Rahmen der parl. Initiative Berberat «Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament» (15.438)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den unterbreiteten Änderungen des Parlamentsgesetzes und der Parlamentsverwaltungsverordnung Entwurf Stellung nehmen zu können.

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) bündelt und koordiniert die gemeinsamen Interessen und Positionen der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette von der Produktion, über den Handel bis zur Übertragung und Endverteilung von Strom und vertritt diese als Branchendachverband gegenüber der Öffentlichkeit, den Medien sowie der Politik. In dieser Funktion ist der VSE auch auf die Möglichkeit angewiesen, den Kontakt zu den Mitgliedern Eidgenössischen Räte pflegen zu können, um die Fachexpertise der Strombranche im politischen Prozess zur Verfügung zu stellen und die Branchen Anliegen bekannt zu machen.

Die Demokratie lebt von der Konfrontation unterschiedlicher Sichtweisen und Interessen. Der Zugang der politischen Organe zu Fachwissen und die Möglichkeit zum Austausch mit der gelebten Praxis sind für eine gute Gesetzgebungstätigkeit unverzichtbar. Kontakte und Informationsaustausch zwischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern sind Bestandteil unserer politischen Kultur. Kontakte ausser- und innerhalb des Parlamentsgebäudes sind dabei die Voraussetzung für eine zielgerichtete und zeitgerechte Interessenvertretung. Die im Rahmen der vorliegenden parlamentarischen Initiative diskutierte Regelung muss eine angemessene Zugänglichkeit der Parlamentsmitglieder innerhalb des Parlamentsgebäudes sicherstellen. Der VSE unterstützt deshalb das von der parlamentarischen Initiative verfolgte Ziel, den Zutritt zum Parlamentsgebäude transparent und unbürokratisch zu regeln.

Die heutige Regelung weist gewisse Nachteile auf. Die Vergabe von dauerhaften Zutrittsausweisen auf individueller Basis durch die Mitglieder der Eidgenössischen Räte wirkt diskriminierend. Sie setzt zudem persönliche Beziehungen zwischen Ratsmitgliedern und Interessenvertretern voraus und schafft so gegenseitige Abhängigkeiten. Das heutige System ist dadurch sowohl für die Interessenvertreter als auch für die Ratsmitglieder unbefriedigend. Dies wird aus verschiedenen Voten im Parlament (s. z.B. Beratungen zur pa.Iv. 15.438 im Ständerat am 16. März 2018, AB 2017 S 297ff) deutlich sowie aus der Tatsache, dass zahlreiche Ratsmitglieder von der Möglichkeit, zwei Dauerausweise zu vergeben, gar keinen Gebrauch machen.

Ein Akkreditierungssystem ist zeitgemässer. Es ist für alle Beteiligten transparent und unabhängig von individuellen Beziehungen, indem es Zutrittsberechtigungen diskriminierungsfrei und aufgrund nachvollziehbarer Kriterien vergibt. Akkreditierungssysteme sind international verbreitet. In der Schweiz wurde ein solches System bereits für Medienschaffende etabliert. Die Schweizerische Public Affairs Gesellschaft hat Standesregeln definiert, welche insbesondere Sorgfalts- und Offenlegungspflichten umfassen (<http://www.public-affairs.ch/de/standeskommission/standesregeln>). Diese können als Ausgangspunkt für ein Akkreditierungssystem genutzt werden. In Verbindung mit einem öffentlichen Register erhöht ein solches System die Transparenz nachhaltig und unterstützt die Verbreitung der einschlägigen Verhaltensregeln. Zudem wirkt ein solches System gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie einer breiteren Öffentlichkeit vertrauensbildend.

Der VSE ist sich bewusst, dass die Etablierung eines Akkreditierungssystems auch Fragen aufwirft. Die Vorbehalte der Kommission gegen den Vorschlag der Kommissionsminderheit erachtet der VSE als nachvollziehbar. Er teilt die Ansicht, dass eine neue Regelung unbürokratisch und praktikabel sein muss und nicht einzelne Berufsgruppen diskriminieren darf. Trotzdem beantragt der VSE der Kommission, die **Einführung eines Akkreditierungssystems vertieft zu prüfen** und dazu den Vorschlag der Kommissionsminderheit weiter zu verfolgen. **Lässt sich keine schlanke Lösung für ein Akkreditierungssystem finden, welches den Schweizer Besonderheiten Rechnung trägt, ist an der heutigen Regelung festzuhalten.**


Den Vorschlag der Kommissionsmehrheit dagegen lehnt der VSE dezidiert ab. Die beabsichtigte Reduktion der verfügbaren Ausweise auf einen statt zwei pro Ratsmitglied stellt im Vergleich zur heutigen Regelung einen Rückschritt dar. Die Ungleichbehandlungen würden zu Lasten der kleineren Verbände und regional verankerten Interessen verschärft. Zudem birgt die Reduktion der Zugangsberechtigten auf einen sehr exklusiven Kreis die Gefahr, dass der öffentlichen Wahrnehmung Vorschub geleistet wird, gemäss welcher in der Politik Intransparenz herrscht und Partikulärinteressen vertreten werden.

Nebst der Möglichkeit, einen Dauerzutrittsausweis zu erhalten, muss weiterhin gewährleistet sein, als Tagesbesucher Zutritt zum Parlamentsgebäude zu erhalten. Die von der Kommission vorgeschlagene Ergänzung, dass sich Tagesbesucher nur vom Ratsmitglied begleitet im Parlamentsgebäude bewegen dürfen, lehnt der VSE entschieden ab. Dieses Erfordernis ist weder praktikabel noch angemessen. Statt einer weiteren Verschärfung drängt sich aus Sicht des VSE eher eine **Vereinfachung der Tageszutritte** aus. Im Sinn und Geist der gelebten Verantwortung für die Steuerung und Gewährung der Zutritte auf Stufe der Ratsmitglieder sollte eine vorgängige Absprache mit einem Ratsmitglied mit Meldung an die Parlamentsdienste für einen Tageszutritt ausreichend sein. Die Pflicht zur ständigen Begleitung ist für die vielbeschäftigten Ratsmitglieder nicht zumutbar und stellt für die betroffenen Tagesbesucher eine unverhältnismässige Hürde dar.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse


Michael Frank
Direktor


Dominique Martin
Leiter Public Affairs